



Harald Hagn
Referat Sonderaufgaben und statistische Analysen

Telefon: 0361 37-841 10

E-Mail: Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

Staatsverschuldung in Deutschland

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes in Deutschland. Dabei wird zunächst der Analyse des Schuldenstandes nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik breiter Raum eingeräumt. Im Anschluss hieran wird die Umrechnung in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag aufgezeigt. Schließlich wird die Entwicklung der Maastricht-Schuldenquote im Zeitablauf veranschaulicht.

Vorbemerkung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion haben sich im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf die Einhaltung der gemeinsamen Regeln zur nachhaltigen Sicherung einer stabilitätskonformen Fiskalpolitik verpflichtet. Die fiskalpolitischen Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Währungsunion – ein Haushaltsdefizit von nicht mehr als drei Prozent und eine Staatsschuldenquote von höchstens 60 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts – wurden dauerhaft als Obergrenze etabliert. Die Mitgliedstaaten haben darüber hinaus vereinbart, einen ausgeglichenen oder überschüssigen Gesamthaushalt anzustreben.

Deutsche Staats- schuldenquote 2011 bei 81,2 Prozent

Diese Ziele werden von Deutschland seit geraumer Zeit bisweilen deutlich verfehlt. Die höchste Staatsschuldenquote wurde für Deutschland am Jahresende 2010 mit 83,0 Prozent festgestellt. Bis zum Jahresende 2011 sank die deutsche Staatsschuldenquote wieder auf 81,2 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt betrug die Staatsschuldenquote im Durchschnitt aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-27) 82,5 Prozent und in der Eurozone (EU-17) 87,3 Prozent.

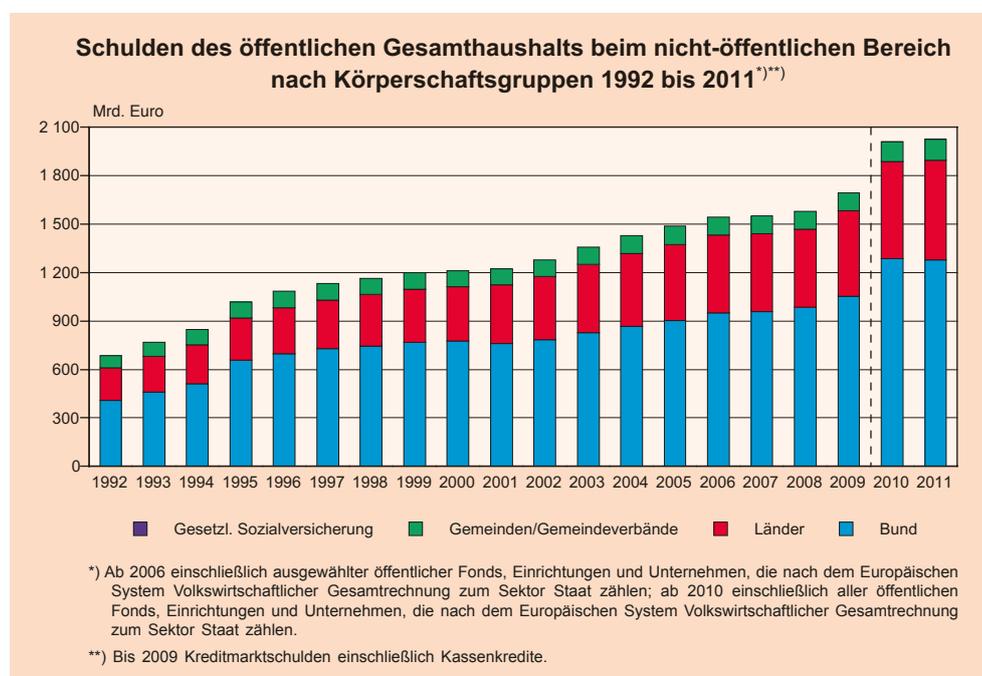
Erreicht wurde im Hinblick auf Deutschland im Jahr 2011 allerdings, dass die sogenannte Defizitquote – d.h. das Verhältnis zwischen dem Haushaltsdefizit und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt – erstmals seit 2008 mit 0,8 Prozent (Vorjahr 4,1 Prozent) wieder deutlich unter dem im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geforderten Referenzwert von drei Prozent lag. Der Durchschnitt der Europäischen Union (EU-27) betrug hier 4,4 Prozent und jener der Eurozone (EU-17) 4,1 Prozent.

Die Berechnung des Schuldenstandes nach dem Maastricht-Vertrag erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Diese unterscheidet sich von jener nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik durchgeführten Berechnung insbesondere dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem

auch die Kassenverstärkungskredite, die Platzhaltergeschäfte, die Verbindlichkeit des Bundes aus dem Münzumsatz sowie die Schulden der Sozialversicherung mit einbezogen werden.

Die Entwicklung der Staatsverschuldung 1992 bis 2009

Das nachfolgende Schaubild zeigt die Entwicklung der Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes (Bund, Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich aller Extrahaushalte; ab 2010 auch der gesetzlichen Sozialversicherung) im Zeitablauf. Die Betrachtung beginnt mit dem Jahr 1992, weil für dieses Jahr erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in vergleichbarer Form vorliegen. Die aufgezeigten Schuldenstände der öffentlichen Haushalte entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahres. Das Schaubild beinhaltet zwischen den Jahren 2009 und 2010 eine gestrichelte Linie. Diese zeigt an, dass für das Jahr 2010 eine bedeutende Umstellung der Schuldenstatistik vorgenommen wurde. Die Werte bis einschließlich 2009 sind insofern nur eingeschränkt mit den Werten der Jahre 2010 und 2011 vergleichbar.

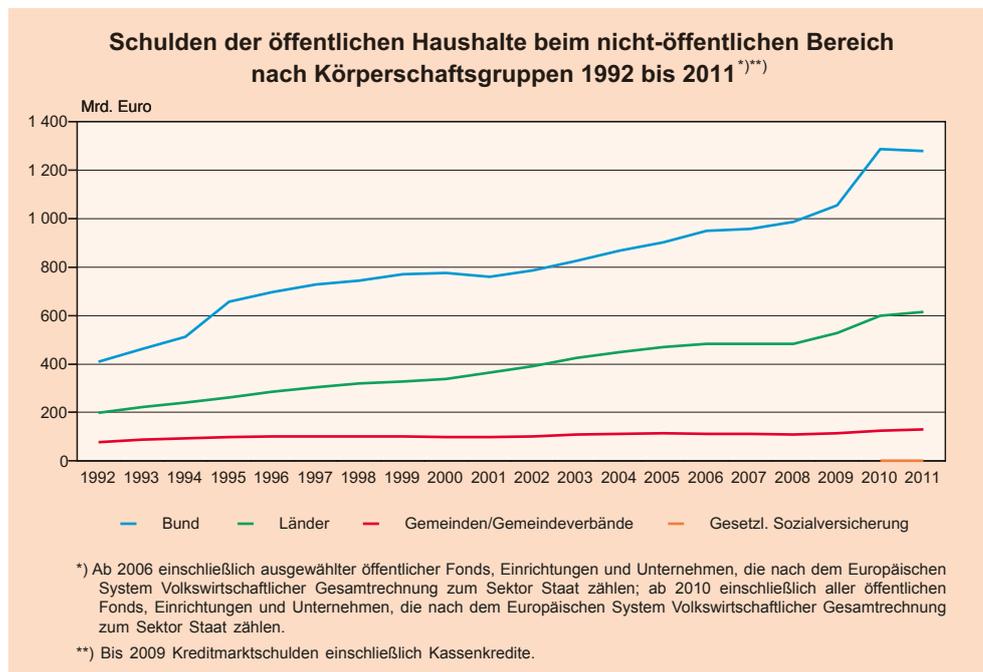


Im Jahr 1992 belief sich der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushaltes auf insgesamt 686,4 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2009 stieg der Schuldenstand auf 1 694,4 Mrd. Euro an. Damit hat sich die öffentliche Verschuldung innerhalb dieses Zeitraums beinahe verzweieinhalbfacht (+ 146,9 Prozent). Vergleichsweise hoch waren die Zuwachsraten insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen finanziellen Anforderungen.

Schuldenstand zwischen 1992 und 2009 um 146,9 Prozent gestiegen

Ein Vergleich der Ergebnisse des Jahres 2009 mit denen vorangegangener Berichtsjahre ist aufgrund vorgenommener Ausgliederungen aus den Kernhaushalten nur eingeschränkt möglich. Bereits in den Jahren 1995 bzw. 2000 wurden in den Bundesländern Niedersachsen und Hessen die Hochschulen aus den Landeshaushalten ausgegliedert. Der im Hinblick auf seine Verschuldung gewichtige Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2002 ausgegliedert. Schließlich emittierte der Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. im

Jahr 2005 erstmals Wertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. Euro. In den Ergebnissen für das Berichtsjahr ist dieser Betrag nicht berücksichtigt¹⁾.



Beim Bund besonders hoher Anstieg des Schuldenstandes in der ersten Hälfte der 1990er Jahre

Die Verschuldung des Bundeshaushalts hat sich zwischen den Jahren 1992 und 2009 deutlich erhöht, nämlich von 409,8 Mrd. Euro auf 1 053,8 Mrd. Euro (+ 157,2 Prozent). Besonders hoch war der relative Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. So wurden in den Jahren 1993, 1994 und 1995 Zuwächse von 12,6 Prozent, 11,2 Prozent und 28,3 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr verbucht.

Ganz anders dagegen die Situation zu Beginn des neuen Jahrtausends. So wurde im Jahr 2000 lediglich ein Anstieg von 0,6 Prozent und im Jahr 2001 gar ein Rückgang von 1,9 Prozent verzeichnet. Ausschlaggebend hierfür war, dass in diesen Jahren die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen teilweise für die Tilgung von Schulden Verwendung fanden.

Schulden der Länder relativ am stärksten gestiegen

Die Schulden der Länder sind im betrachteten Zeitraum von 199,2 Mrd. Euro im Jahr 1992 auf 526,7 Mrd. Euro im Jahr 2009 angestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um 164,5 Prozent. Damit sind die Schulden der Länder relativ stärker gestiegen als jene der anderen Körperschaftsgruppen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten die Länder in den Jahren 1993 (+11,4 Prozent) und 2009 (+9,0 Prozent). Im Gegensatz dazu wurde im Jahr 2008 ein Rückgang des Schuldenstandes (-0,2 Prozent) verzeichnet.

Geringster Anstieg der Verschuldung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände bei nicht-öffentlichen Geldgebern belief sich im Jahr 1992 auf 77,4 Mrd. Euro und im Jahr 2009 auf 113,8 Mrd. Euro. Damit betrug der Anstieg der Verschuldung im betrachteten Zeitraum 47,0 Prozent und war damit deutlich niedriger als beim Bund oder den Ländern. Den mit Abstand höchsten Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände bereits im Jahr 1993 (+12,1 Prozent). Dagegen war in den Jahren 2000 (-3,8 Prozent), 2007 (-1,4 Prozent) und 2008 (-1,6 Prozent) jeweils ein Rückgang der Verschuldung zu beobachten.

1) Vgl. Nicodemus, S. (2008): Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2007, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/2008, S. 498

Der im Vergleich zu den anderen Ebenen moderate Anstieg der kommunalen Verschuldung reflektiert die Konsolidierungsbestrebungen der Gemeinden- und Gemeindeverbände zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Gleichwohl darf hierbei nicht übersehen werden, dass ein weiterer Grund für diese Entwicklung auch darin besteht, dass die Gemeinden- und Gemeindeverbände seit geraumer Zeit Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Verbindlichkeiten der ausgegliederten Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbständigen Unternehmen oder Einrichtungen übernommen und bleiben in der statistischen Darstellung in der Regel unberücksichtigt.

Des Weiteren ist in Betracht zu ziehen, dass seit dem Jahr 2010 die Schulden aller Zweckverbände, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor Staat gehören, bei den Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts dargestellt werden. In den Vorjahren wurden die kaufmännisch buchenden Zweckverbände des Staatssektors bei den Schulden der Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, also bei den Schulden des öffentlichen Bereichs, nachgewiesen. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen wurden davon abweichend die kaufmännisch buchenden Zweckverbände bis einschließlich 1994, in Hessen bis einschließlich 1995, in Thüringen bis einschließlich 1996, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bis einschließlich 1999, im Saarland bis einschließlich 2000 sowie in Bayern und Nordrhein-Westfalen bis 2005 den öffentlichen Haushalten zugeordnet²⁾.

Die Entwicklung im Jahr 2010

Zum Jahresende 2010 war der öffentliche Gesamthaushalt beim nicht-öffentlichen Bereich mit 2 011,7 Mrd. Euro verschuldet. Der größte Anteil öffentlicher Schulden entfiel mit 1 287,5 Mrd. Euro auf den Bund. Die Länder waren mit 600,1 Mrd. Euro, die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 123,6 Mrd. Euro und die gesetzliche Sozialversicherung mit 0,5 Mrd. Euro verschuldet.

Größter Anteil öffentlicher Schulden entfällt auf den Bund

Die jährliche Schuldenstatistik wurde aufgrund von Anpassungen an Vorgaben der Europäischen Union vollständig überarbeitet und zum 31.12.2010 erstmals nach einem neuen Konzept erhoben. Nebst einem neuen Erhebungsprogramm wurde der Berichtskreis ausgedehnt. So werden nunmehr die Schulden der gesetzlichen Sozialversicherung (einschließlich der Bundesagentur für Arbeit) und jene aller Extrahaushalte in die Berechnung einbezogen. Aus diesem Grunde ist die öffentliche Verschuldung seit dem Jahr 2010 nur noch eingeschränkt mit jener der Vorjahre vergleichbar.

Jährliche Schuldenstatistik zum Jahresende 2010 erstmals nach neuem Konzept erhoben

Darüber hinaus hat sich auch die Gläubigerstruktur geändert. Nunmehr werden im Schuldenstand ausschließlich Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich berücksichtigt und hier alle Wertpapiersschulden sowie die Kredite und Kassenkredite nachgewiesen. Bisher richtete sich die Schuldenstatistik am Haushaltsrecht aus. Der einbezogene Gläubigerkreis umfasste daher auch Kredite bei öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, wie beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit, den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen.

Zulässig ist ein Vorjahresvergleich im Hinblick auf die Wertpapiersschulden sowie die Kredite des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich. Diese sind zwischen dem Jahresende 2009 und 2010 um rund 309,0 Mrd. Euro bzw. 18,8 Prozent auf 1 951,3 Mrd. Euro angestiegen. Dabei stieg beim Bund der Schuldenstand um 23,1 Prozent. Hierbei hat beim Bund wesentlich die Über-

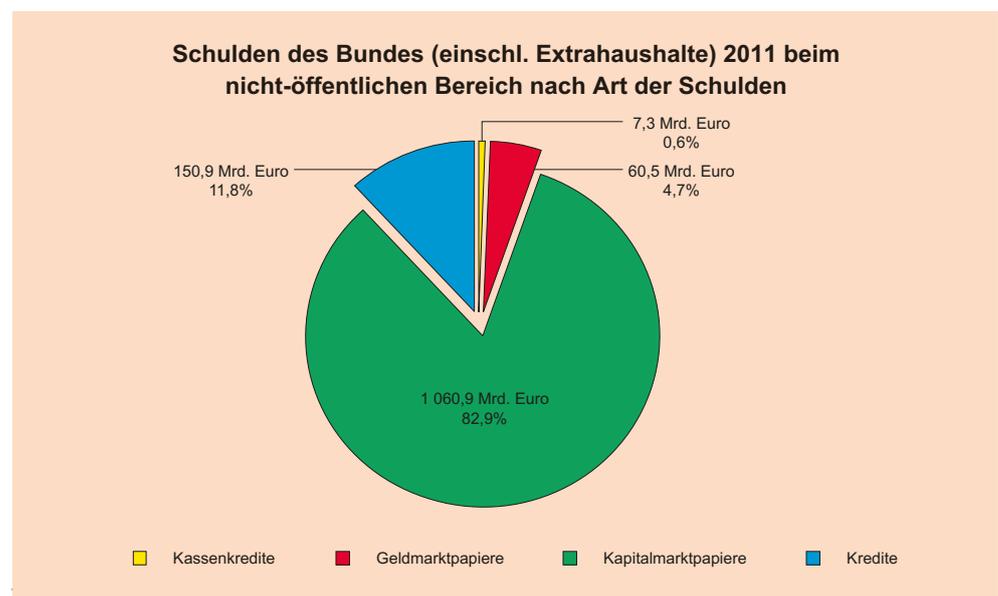
2) Vgl. Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14, Reihe 5, Seite 13, Wiesbaden 2012

tragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate in die FMS Wertmanagement zur Verschuldung beigetragen. Bei den Ländern betrug die Schuldenzunahme 13,1 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 1,9 Prozent. Im Hinblick auf die gesetzliche Sozialversicherung war die Verschuldung mit Minus 4,9 Prozent sogar rückläufig.

Die Schuldensituation am Jahresende 2011

**1 279,6 Mrd. Euro
Schulden des Bundes
und seiner Extraaus-
halte 2011**

Am Jahresende 2011 waren der Bund und seine Extraaushalte³⁾ mit 1 279,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Das waren fast 7,9 Mrd. Euro bzw. 0,6 Prozent weniger als am Jahresende 2010. Von den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich entfielen 1 043,4 Mrd. Euro auf den Kernhaushalt (+0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und 236,2 Mrd. Euro auf die Extraaushalte des Bundes (-6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr).



**Schulden des Bundes
weit überwiegend in
Wertpapieren verbrieft**

Beim Haushalt des Bundes (einschl. Extraaushalte) überwogen mit 1 121,4 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 87,6 Prozent die in Wertpapieren verbrieften Schulden, davon waren 60,5 Mrd. Euro Geldmarktpapiere⁴⁾ und 1 060,9 Mrd. Euro Kapitalmarktpapiere⁵⁾. Über Kredite bei Kreditinstituten sowie beim sonstigen inländischen und ausländischen Bereich hatte sich der Bund 150,9 Mrd. Euro bzw. 11,8 Prozent seiner Mittel beschafft, während die Kassenkredite⁶⁾ 7,3 Mrd. Euro bzw. 0,6 Prozent aller Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich ausmachten.

**64,2 Prozent der
neuen Schulden
haben eine Laufzeit
zwischen einem und
fünf Jahren**

Während des Jahres 2011 nahm der Bundeshaushalt (einschl. Extraaushalte) 505,0 Mrd. Euro neue Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich auf. Im Gegenzug tilgte er Schulden in Höhe von beinahe 436,6 Mrd. Euro. Bei den neu aufgenommenen Schulden handelte es sich zu beinahe einem Viertel (23,3 Prozent) um Geldmarktpapiere und Kredite mit einer kurzfristigen Laufzeit

3) Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds (ITF), Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), FMS Wertmanagement und sonstige Extraaushalte des Bundes.

4) Geldmarktpapiere sind kurzfristige Schuldtitel der Öffentlichen Hand, die am Geldmarkt gehandelt werden, wie beispielsweise unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

5) Kapitalmarktpapiere sind Wertpapiere, die am Kapitalmarkt gehandelt werden. Hierzu zählen u.a. Anleihen, Bundesschatzbriefe, Bundesschatzanweisungen, Bundesobligationen und inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

6) Kassenkredite sind kurzfristige Verbindlichkeiten, die Berichtskörperschaften zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen eingehen. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung.

(bis einschließlich einem Jahr), zu 64,2 Prozent um Kapitalmarktpapiere und Kredite mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und zu einem Achtel (12,5 Prozent) um Kapitalmarktpapiere und Kredite mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

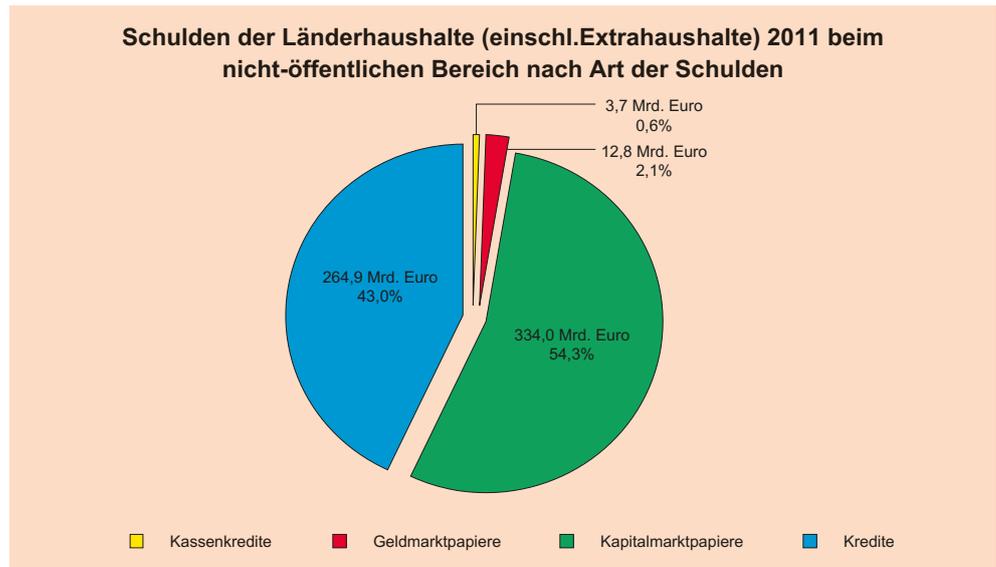


Am Jahresende 2011 waren die Länder und deren Extrahaushalte mit 615,4 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Das waren etwa 15,3 Mrd. Euro bzw. 2,5 Prozent mehr als am Jahresende 2010.

Im Hinblick auf die Flächenländer wurden die höchsten Steigerungen in Baden-Württemberg (+5,9 Prozent), Hessen (+5,4 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (+4,4 Prozent) verbucht. Während Länder wie Sachsen-Anhalt (+0,5 Prozent) und Thüringen (+0,6 Prozent) nur geringe Steigerungen verzeichneten, war die Verschuldung in Mecklenburg-Vorpommern (-0,8 Prozent), Brandenburg (-1,0 Prozent), Bayern (-1,5 Prozent) und insbesondere Sachsen (-12,3 Prozent) sogar rückläufig.

Schuldenstand in Sachsen deutlich rückläufig

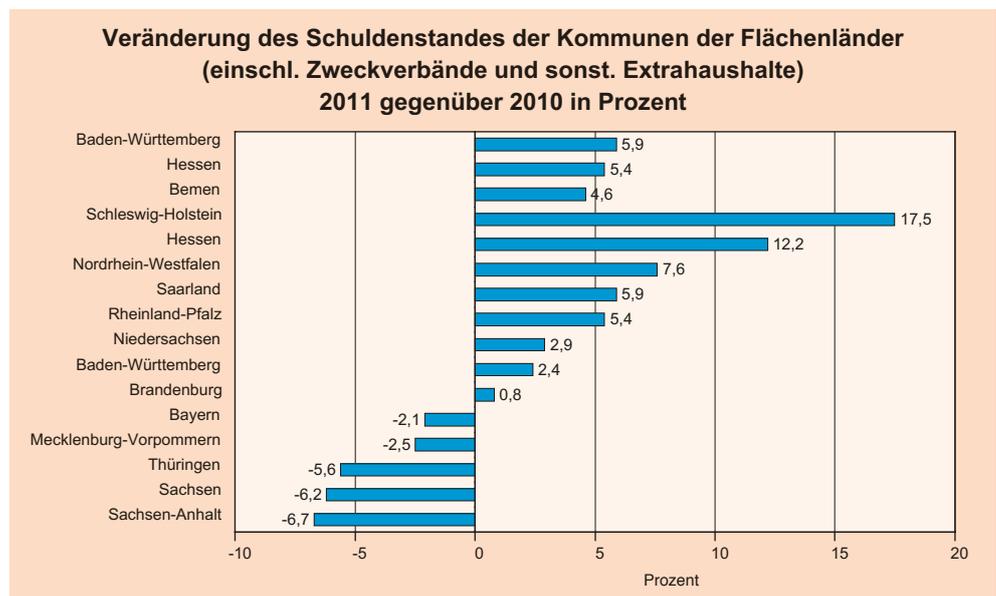
Auch in den Stadtstaaten war die Entwicklung unterschiedlich: In Bremen stieg der Schuldenstand um 4,6 Prozent, in Berlin war der Anstieg deutlich geringer (+2,5 Prozent) und in Hamburg verringerte er sich um 0,9 Prozent.



96,3 Prozent der Länderschulden in Form von Kapitalmarktpapieren

Von den Schulden der Länder im Jahr 2011 beim nicht-öffentlichen Bereich entfielen 532,6 Mrd. Euro auf deren Kernhaushalte und 82,8 Mrd. Euro auf deren Extrahaushalte. Von den insgesamt 615,4 Mrd. Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich entfiel mehr als die Hälfte (346,8 Mrd. Euro bzw. 56,4 Prozent) auf Wertpapiersschulden. Diese bestanden weit überwiegend (334,0 Mrd. Euro bzw. 96,3 Prozent) in Form von Kapitalmarktpapieren. Rund 264,9 Mrd. Euro bzw. 43,0 Prozent entfielen auf Kredite, davon waren 159,1 Mrd. Euro Darlehen von Banken und Sparkassen. Die Kassenkredite waren mit 3,7 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 0,6 Prozent nur von untergeordneter Bedeutung.

Im Jahr 2011 wurden von den Länderhaushalten (einschl. Extrahaushalte) insgesamt 120,8 Mrd. Euro Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich neu aufgenommen (+ 14,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 101,9 Mrd. Euro getilgt (+28,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Von den 2011 neu aufgenommenen Schulden der Länder hatten 18,7 Prozent eine kurzfristige (Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr), 46,6 Prozent eine mittelfristige (Laufzeit über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre) und 34,7 Prozent eine langfristige Laufzeit (über 5 Jahre).



Die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Zweckverbände⁷⁾ und der sonstigen Extrahaushalte waren am Jahresende 2011 mit insgesamt 129,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet (+4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Hiervon entfielen rund 121,1 Mrd. Euro auf die Kernhaushalte der Kommunen, beinahe 1,7 Mrd. Euro auf die Zweckverbände und fast 6,8 Mrd. Euro auf die sonstigen Extrahaushalte der Gemeinden.

Gemeinden und Gemeindeverbände mit 129,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet

Die höchsten prozentualen Anstiege des Schuldenstandes beim nicht-öffentlichen Bereich wurden im Jahr 2011 bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Schleswig-Holstein (+17,5 Prozent), Hessen (+12,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (+7,6 Prozent) verzeichnet. Dagegen wurden die höchsten Rückgänge in Sachsen-Anhalt (-6,7 Prozent), Sachsen (-6,2 Prozent) und Thüringen (-5,6 Prozent) verbucht.

Die kommunalen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich setzten sich weit überwiegend aus Krediten (85,4 Mrd. Euro bzw. 65,9 Prozent) und Kassenkrediten (44,0 Mrd. Euro bzw. 34,0 Prozent) zusammen. Lediglich 181 Mill. Euro bzw. 0,1 Prozent entfielen auf Kapitalmarktpapiere.

Im Jahr 2011 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 9,8 Mrd. Euro 17,3 Prozent weniger Wertpapiersschulden und Kredite als im Vorjahr neu auf. Im Gegenzug wurden 9,6 Mrd. Euro an Krediten beim nicht-öffentlichen Bereich getilgt. Das waren 748 Mill. Euro bzw. 7,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den 2011 neu aufgenommenen Wertpapiersschulden und Krediten hatten 11,0 Prozent eine kurzfristige, 6,1 Prozent eine mittelfristige und 82,9 Prozent eine langfristige Laufzeit.

Vielfach sind in den einzelnen Bundesländern die Landesaufgaben und die kommunalen Aufgaben unterschiedlich verteilt. Aus diesem Grunde ist es auch sinnvoll die Landes- und die kommunale Ebene gemeinsam zu betrachten. Das nachfolgende Schaubild gibt daher die zusammengefasste Veränderung des Schuldenstandes der einzelnen Länder und deren Kommunen wieder:



7) Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

Verschuldung der gesetzlichen Sozialversicherung vergleichsweise gering

Am Jahresende 2011 betrug der Schuldenstand der gesetzlichen Sozialversicherung und deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich 823 Mill. Euro⁸⁾. Damit war deren Verschuldung gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich vergleichsweise niedrig. Im Jahr 2011 waren lediglich 0,04 Prozent der Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes der gesetzlichen Sozialversicherung zuordenbar.

Eine wesentliche Ursache für die vergleichsweise geringe Verschuldung der gesetzlichen Sozialversicherung ist darin zu sehen, dass es den Trägern der Sozialversicherung – also deren Kernhaushalte – grundsätzlich nicht gestattet ist Kredite aufzunehmen. Ausnahmen bestehen beispielsweise bei der Aufnahme von Mitteln zur Sicherung der Liquidität sowie bei zweckgebundenen Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Ausweitung von Sachvermögen. Die Kreditaufnahme bedarf der Zustimmung des Bundesversicherungsamtes.

Die Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages

Wie eingangs bereits erwähnt, erfolgt die Berechnung der Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Ausgangspunkt sind hierbei die Daten der amtlichen Schuldenstatistik. Dabei wird der Schuldenstand nach Maastricht aus den in der Schuldenstatistik nachgewiesenen Kreditmarktschulden (im weiteren Sinne) wie folgt abgeleitet:

Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	
plus	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte (Restkaufgelder und Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden)
plus	Kassenverstärkungskredite
plus	Platzhaltergeschäfte
plus	Münzumschlag
plus	Schulden der Sozialversicherung
plus	Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze
plus	Sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen von Banken
plus	Sonstige Korrekturen zugunsten von EU-Staaten
plus	Sonstige Korrekturen
abzüglich	Versorgungsrücklagen und sonstiger Konsolidierung
abzüglich	Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung
ergibt	Schuldenstand nach Maastricht-Vertrag

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14, Reihe 5, Seite 20, Wiesbaden 2012

8) Die Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist durch ein geändertes Meldeverhalten der 2010 erstmals erhobenen gesetzlichen Sozialversicherungsträger eingeschränkt.

Für die Jahre 2007 bis 2011 lassen sich die entsprechenden Werte anhand der nachfolgenden Tabelle darstellen.

Umrechnung des Schuldenstandes der Schuldenstatistik in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag^{*)}

Schuldenart	Jahr				
	2007	2008	2009	2010	2011
	Milliarden Euro				
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Finanzstatistik) und kreditähnliche Rechtsgeschäfte	1 509,3	1 525,7	1 625,5	1 957,4	1 955,2
plus Kassenverstärkungskredite	49,4	59,8	57,2	62,7	83,0
plus Platzhaltergeschäfte ¹⁾	12,3	12,3	12,3	12,4	11,2
plus Münzumlaufl	6,9	7,4	7,8	8,3	8,8
plus Schulden der Sozialversicherung	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3
plus Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze	0,8	0,6	0,5	0,4	0,4
minus Versorgungsrücklagen und sonstige Konsolidierung	3,3	4,1	5,0	8,1	8,0
minus Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung	0,9	1,3	0,5	2,6	3,2
plus sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen für Banken		38,2	37,9	12,3	10,6
plus sonstige Korrekturen zugunsten von EU-Staaten				5,9	19,9
plus sonstige Korrekturen	6,2	9,2	12,9	6,7	9,3
ergibt Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag²⁾	1 582,4	1 649,3	1 766,9	2 056,7	2 088,5

*) Berechnungsstand: Juli 2012

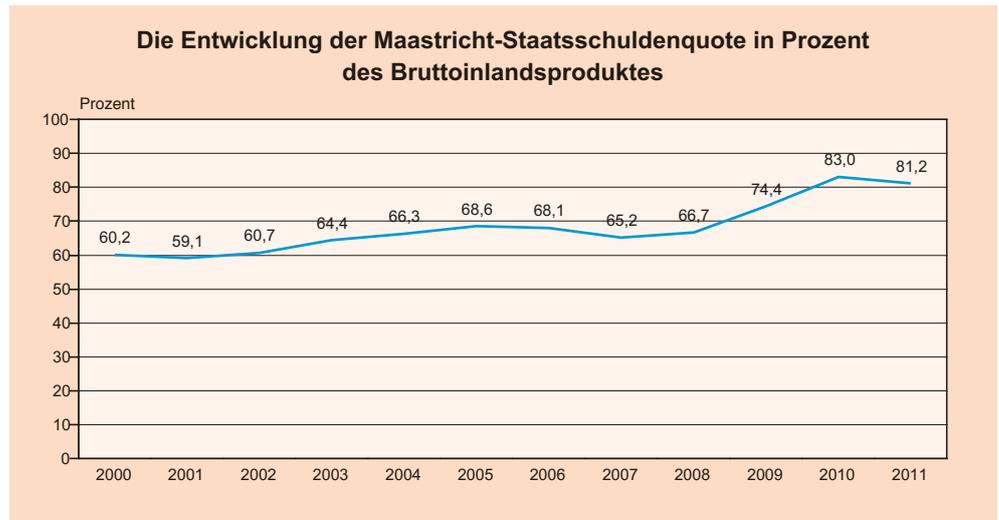
1) Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für den Wiederaufbau.

2) Wegen zwischenzeitlicher Datenrevision sind Abweichungen gegenüber den in der jeweils vorangegangenen halbjährigen Notifikation des öffentlichen Defizits und Schuldenstandes gemeldeten Werte möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14 Reihe 5, Seite 20, Wiesbaden 2012

Die Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages betrug in Deutschland im Jahr 2011 rund 2 088,5 Mrd. Euro. Bei der Beurteilung der Höhe der Staatsschulden ist aber nicht so sehr deren absolute Höhe von Bedeutung, sondern das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, d.h. zur Summe der gesamten in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen in Deutschland im betrachteten Jahr. Denn bei einem höheren Bruttoinlandsprodukt steigt auch die Kapazität eines Landes Staatsschulden zu verkraften, d.h. im Inland zu halten, oder auf den internationalen Finanzmärkten Schuldtitel zu angemessenen Zinssätzen zu emittieren.

Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages 2011 bei rund 2 088,5 Mrd. Euro



Deutsche Staatsschuldenquote 2011 bei 81,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Lag die deutsche Staatsverschuldung im Jahr 2000 noch bei etwas über drei Fünftel des Bruttoinlandsproduktes (60,2 Prozent), so ist sie bis zum Jahr 2011 auf über vier Fünftel des Bruttoinlandsproduktes (81,2 Prozent) angestiegen. Den bisher höchsten Wert erreichte die Staatsschuldenquote im Jahr 2010 mit 83,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Zwischen den Jahren 2010 und 2011 ist die Staatsschuldenquote um 1,8 Prozentpunkte auf 81,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes abgesunken.

Ausblick

Das Bundesfinanzministerium hat dem Stabilitätsrat eine aktualisierte Mittelfristprojektion der öffentlichen Haushalte für die Jahre 2012 bis 2016 vorgelegt⁹⁾. Danach sei aktuell davon auszugehen, dass das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit in diesem Jahr vollständig abgebaut wird, also bereits bei null liegt. Dies würde bedeuten, dass der Staatshaushalt bereits in diesem Jahr ausgeglichen ist.

Absinken der Staatsschuldenquote bis auf rund 73,0 Prozent im Jahr 2016 möglich

Des weiteren geht das Bundesfinanzministerium davon aus, dass die Staatsschuldenquote im Jahr 2012 bei 81,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt. In der mittleren Frist würde sich die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die zu erwartende Abwicklung der Portfolios der Bad Banks schuldenstandsmindernd auswirken. Im Ergebnis könnte die Schuldenstandsquote bis auf rund 73,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2016 sinken.

9) Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2012): Pressemitteilung, 03.12.2012, „Ausgeglichener Staatshaushalt bereits in diesem Jahr – Maastricht-Defizit sinkt auf null!“